



EVP gegen „Ehe für alle“ mit Samenspende

Die Mitglieder der EVP Schaffhausen lehnen die Vorlage „Ehe für alle“ klar ab. Ausschlaggebend für die Ablehnung ist die mit der Gesetzesänderung geplante Umgehung einer doppelten Verfassungsänderung beim Begriff der Ehe (BV Art.14; Mann und Frau) und der Fortpflanzungsmedizin (BV Art. 119; Unfruchtbarkeit und Krankheit). Nach Ansicht der Mitglieder ist der Begriff Ehe, als Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau weiterhin zu schützen. Gar nicht goutiert wird die Ausweitung der Samenspende auf lesbische Paare. Dies, weil damit der heute für eine Samenspende nötige Indikator Unfruchtbarkeit in einen „unerfüllten Kinderwunsch“ umgedeutet und so zwangsweise weitere Begehrlichkeiten in diesem Bereich folgen würden. Bestehende Unzulänglichkeiten bei gleichgeschlechtlichen Paaren sollen über das erst 2007 eingeführte Gesetz über die eingetragene Partnerschaft, eliminiert werden.

Die „99 Prozent-Initiative“ wird knapp abgelehnt. Die Initiative findet viel Sympathie, da sie gegen die bestehende sozialpolitisch heikle Vermögensverteilung in diesem Land ankämpft. Da der Initiativtext jedoch zu wenig konkret ausformuliert ist, bestehen zu viele Unsicherheiten darüber, wie ein nachfolgend auszuarbeitendes Gesetz ausgestaltet werden soll.

Die beiden städtischen Vorlagen waren bei den Mitgliedern unbestritten. Insbesondere das Duraduc stösst bei den Mitgliedern auf einen grossen Zuspruch. Dieses wird als Leuchtturmprojekt für den Langsamverkehr bewertet. Zudem zeigt man sich überzeugt davon, dass mit der erzielten Entflechtung zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmern, insbesondere der Autoverkehr, profitieren wird.